Volksschulgesetz

Vom 14. September 1969

Der Kantonsrat von Solothurn
gestützt auf Artikel 47 der Kantonsverfassung vom 23. Oktober 1887
nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag des Regierungsrates vom
7. Juni 1968

beschliesst:

I. Teil

Allgemeine Bestimmungen

§ 1. *Ziele der Volksschule*

¹ Die solothurnische Volksschule unterstützt die Familie in der Erziehung der Kinder zu Menschen, die sich vor Gott und gegenüber dem Nächsten verantwortlich wissen und danach handeln. Sie entfaltet die seelischen, geistigen und körperlichen Kräfte in harmonischer Weise, erzieht zu selbständigem Denken und Arbeiten und vermittelt die grundlegenden Kenntnisse zur Bewährung im Leben.

² Die Volksschule respektiert die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Sie führt die Kinder von unterschiedlicher Herkunft zur Gemeinschaft, fördert die Erziehung zur Mitverantwortung in unserem demokratischen Staatswesen und weckt die Achtung vor der heimatlichen Eigenart.

§ 2. *Recht auf Bildung und Erziehung*

Jedes Kind hat im Rahmen dieses Gesetzes Anrecht auf einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Unterricht.

§ 3. *Schularten*

Die solothurnische Volksschule umfasst folgende Schularten:

- a) die Primarschule;
- b) die Oberschule;
- c) die Sekundarschule;
- d) die Bezirksschule;
- e) die Kleinklassen;¹⁾
- f) die Sonderschule.

¹⁾ Fassung vom 19. September 1983; GS 89, 317.

413.111

§ 4. *Einführung neuer Schularten*

Der Kantonsrat ist befugt, bei veränderten Verhältnissen neue Schularten einzuführen oder zur Angleichung an das Schulwesen der andern Kantone bestehende Schularten neu zu benennen.

§ 5. *Schulträger*

Jede Einwohnergemeinde ist verpflichtet, für sich oder in Verbindung mit andern Gemeinden die in diesem Gesetz vorgesehenen Schularten zu führen. Die Spezialgesetzgebung für die Sonderschulen bleibt vorbehalten.

§ 6. *Begriffsbezeichnungen*

¹ Sofern das Gesetz nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, gilt die Bezeichnung Schüler auch für Schülerinnen, die Bezeichnung Lehrer auch für Lehrerinnen, die Bezeichnung Inspektor auch für Inspektorinnen.

² Unter dem Begriff Schulgemeinden sind in diesem Gesetz auch die Schulkreise zu verstehen.

§ 7. *Unentgeltlichkeit der Volksschule*

¹ Der Unterricht an der Volksschule ist unentgeltlich. Die Schulgemeinden stellen die Lehrmittel und Schulmaterialien kostenlos zur Verfügung.

² Im Fachbereich Werken können die Eltern zu Beiträgen an besondere Kosten für frei gewählte Werkstoffe oder im Stoffplan nicht vorgesehene Arbeiten verpflichtet werden.¹⁾

³ Für die Sonderschulen bleibt die Spezialgesetzgebung vorbehalten.

§ 8. *Schuljahr*

¹ Das Schuljahr umfasst 39 Unterrichtswochen.

² Der Beginn des Schuljahres wird vom Kantonsrat in Anpassung an den Schulbeginn anderer Kantone festgesetzt.

³ Die Verteilung der Ferien auf das Schuljahr wird in der Vollzugsverordnung geregelt. Im Rahmen der kantonalen Vorschriften setzen die zuständigen Aufsichtsbehörden den Ferienplan in regionaler Zusammenarbeit fest. Können sie sich nicht verständigen, entscheidet das Erziehungs-Departement.

§ 9. *Bildungspläne*

¹ Der Regierungsrat erlässt die Bildungspläne. Er kann zur Anpassung an die Bildungspläne der Nachbarkantone Abweichungen beschliessen.

² Die Bildungspläne sind so zu gestalten, dass das Unterrichtsangebot für Knaben und Mädchen gleich ist. Für beide Geschlechter ist eine genügende Grundausbildung in den Fachbereichen Werken und Hauswirtschaft obligatorisch.²⁾

§ 10. *Stundenplan*

Die Verteilung der wöchentlichen Unterrichtsstunden (Stundenplan) erfolgt auf Grund der Bildungspläne durch die zuständigen Schulbehörden

¹⁾ § 7 Abs. 2 Fassung vom 7. Dezember 1986; GS 90, 643.

²⁾ § 9 Abs. 2 beigefügt am 7. Dezember 1986.

in Verbindung mit der Lehrerschaft. Sie unterliegt der Genehmigung des Erziehungs-Departementes.

§ 11. *Lehrmittel*

¹ Der Erziehungsrat bestimmt auf Vorschlag der Lehrmittelkommissionen, welche Lehrmittel in den Schulen zu verwenden sind.

² Das Erziehungs-Departement bestimmt, welche Lehrmittel unentgeltlich in den Besitz des Schülers übergehen.

§ 12. *Schülerzahl*

Der Regierungsrat setzt auf Vorschlag des Erziehungsrates Richtzahlen für die Klassenbestände der einzelnen Schularten und Unterrichtszweige fest.

§ 13. *Änderungen*

¹ Die Bildung neuer und die Aufhebung bestehender Schulen bedürfen der Bewilligung des Regierungsrates. Solche Änderungen im Bestand der Schulen sind vom Erziehungsrat zu begutachten. Er hat dabei auf eine zweckmässige regionale Planung Rücksicht zu nehmen.

² Über die Bildung und die Aufhebung von Abteilungen für Werken und für Hauswirtschaft entscheidet das Erziehungs-Departement.¹⁾

§ 14. *Schulräume und -anlagen*

¹ Jede Schulgemeinde hat für geeignete Schulräume und -anlagen und deren Unterhalt zu sorgen. Die Baupläne sind dem Regierungsrat zur Genehmigung zu unterbreiten.

² Werden nicht genehmigte Räume und Anlagen zu Schulzwecken benützt und schafft die Schulgemeinde innert angemessener Frist nicht Abhilfe, sorgt der Regierungsrat auf ihre Kosten für geeignete Räumlichkeiten oder trifft andere angemessene Vorkehren.

§ 15. *Schulbibliotheken*

¹ Die Schulgemeinden haben für die verschiedenen Schulen Schulbibliotheken einzurichten und zu unterhalten.

² Der Regierungsrat fördert diese Bibliotheken durch jährlich festzusetzende Kredite.

§ 16. *Schulpsychologischer Dienst und kinderpsychiatrische Betreuung; schulärztlicher Dienst und Schulzahnpflege*

¹ Der Kanton unterhält einen Schulpsychologischen Dienst und sorgt für die kinderpsychiatrische Betreuung.

² Die Gemeinden sorgen für den schulärztlichen Dienst und die regelmässige Schulzahnpflege.

³ Die Organisation wird in der Spezialgesetzgebung geregelt. Die Verteilung der Kosten wird durch den Regierungsrat festgelegt.

§ 17. *Musikunterricht*

Der Kanton gewährt den Schulgemeinden Beiträge an die Besoldungen für den Musikunterricht.

¹⁾ § 13 Abs. 2 beigefügt am 7. Dezember 1986; GS 90, 643.

413.111

§ 18. *Kindergärten*

¹ Der Kanton fördert kommunale und private Kindergärten durch Beiträge an die Besoldungen.

² Der Regierungsrat legt die Voraussetzungen für die Ausrichtung dieser Beiträge fest.

II. Teil

Schüler

§ 19. *Schulpflicht*

a) *allgemein*

¹ Bei Beginn des Schuljahres im Frühling werden die Kinder schulpflichtig, die bis 31. Oktober das siebente Altersjahr vollenden.¹⁾

² Bei Beginn des Schuljahres im Herbst werden die Kinder schulpflichtig, die bis 31. Dezember das siebente Altersjahr vollenden.²⁾

³ Für Kinder, die in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind, ordnet die Schulkommission nach Anhören des Schularztes oder des schulpsychologischen Dienstes einen späteren Schuleintritt an.

⁴ Kinder, die mit Beginn des Schuljahres das sechste Altersjahr vollendet haben, können mit Zustimmung der Schulkommission nach Begutachtung durch den Schularzt oder den schulpsychologischen Dienst die Schule besuchen.

⁵ Der Kantonsrat kann zur Koordination mit andern Kantonen die Bestimmungen über den Beginn der Schulpflicht abändern.

§ 20. b) *für gebrechliche Kinder*

¹ Über die Zuweisung körperlich, geistig oder charakterlich behinderter Kinder in die entsprechenden Schularten entscheidet die Schulkommission nach Begutachtung durch den Schularzt oder den Schulpsychologischen Dienst und gegebenenfalls nach Anhören des Lehrers.

² Für die Befreiung von der Schulpflicht ist das Erziehungs-Departement zuständig.

§ 21. c) *Dauer*

¹ Die Schulpflicht dauert 9 Jahre.

² Die Gemeinden können ein fakultatives zehntes Schuljahr einführen.

§ 22. *Begründete Schulversäumnisse*

Kein schulpflichtiges Kind darf ohne wichtigen Grund dem Unterricht fernbleiben. Ist ein solcher Grund vorzusehen, muss vorher für das Versäumnis eine Bewilligung eingeholt werden. Diese wird bis zu 4 aufeinanderfolgenden Halbtagen von den Lehrern, bis zu 2 Wochen von der

¹⁾ § 19 Abs. 1 hinfällig. Das Schuljahr beginnt gemäss KRB vom 17. September 1986 (BGS 411.215.1) ab 1989 nach den Sommerferien.

²⁾ Schulpflichtig werden die Kinder, die bis zum vorangehenden 30. April das sechste Altersjahr vollendet haben.

zuständigen Aufsichtsbehörde¹⁾ und für eine längere Dauer vom Erziehungs-Departement erteilt. Ist das Schulversäumnis nicht vorauszusehen, soll es dem Lehrer möglichst bald gemeldet werden.

§ 23. *Unbegründete Schulversäumnisse*
a) *Administrativverfahren*

Bleiben Schüler unbegründet dem Unterricht fern, sind die Eltern oder Pflegeeltern vom Lehrer zu mahnen. Nach zweimaliger erfolgloser Mahnung erstattet der Lehrer Meldung an das Oberamt und an die Schulbehörde. Das Oberamt lässt den säumigen Schüler wenn nötig polizeilich zur Schule bringen.

§ 24. *b) Strafverfahren*

Bei Rückfall oder in schwerwiegenden Fällen, in denen nicht gemahnt werden konnte, werden die Eltern oder Pflegeeltern auf Anzeige der zuständigen Aufsichtsbehörde mit Busse von 20 bis 1000 Franken bestraft. Vormundschaftliche Massnahmen bleiben vorbehalten.

§ 25. *Prüfung, Zeugnis, Promotion*

¹ Am Ende jedes Schuljahres findet eine schriftliche Prüfung statt. Für die Regelung der schriftlichen Prüfung ist das Erziehungs-Departement zuständig. Im übrigen ist die Gestaltung des Schuljahresabschlusses den Schulgemeinden freigestellt.

² Über Leistungen, Fleiss, Betragen und Absenzen der Kinder werden die Eltern oder Pflegeeltern durch Zeugnisse orientiert.

³ Das Erziehungs-Departement erlässt die näheren Bestimmungen über die Notengebung und die Bedingungen für die Aufnahme, die Beförderung und den Übertritt in die einzelnen Schularten.

⁴ Für den Weiterzug von Verfügungen, die Leistungen von Schülern zum Gegenstand haben, wie Entscheide über Aufnahmen und Beförderungen, sowie von Verfügungen, die Disziplinar massnahmen oder -strafen gegen Schüler betreffen, ist der Rechtsmittelweg auf eine Beschwerdeinstanz beschränkt.²⁾

§ 26. *Unfallversicherung*

Die Schulgemeinden haben die Schüler gegen Unfälle zu versichern, die sich im Zusammenhang mit dem Schulbesuch ereignen. Der Regierungsrat erlässt die näheren Bestimmungen über den Umfang der Versicherung. Die Versicherungsprämien sind von den Wohnsitzgemeinden der Schüler zu bezahlen.

§ 27. *Mitgliedschaft in Vereinen*

Schüler dürfen Vereinen Erwachsener nicht als Mitglieder angehören. Der Regierungsrat erlässt Bestimmungen über die Mitgliedschaft von Schulpflichtigen in Jugendvereinigungen.

¹⁾ Fassung nach § 13 DelG vom 5. April 1981.

²⁾ § 25 Abs. 4 eingefügt nach § 13 DelG vom 5. April 1981.

Schulen

1. Primarschule

§ 28. Zweck

Die Primarschule vermittelt die Grundausbildung und muss von allen normalbegabten Schülern besucht werden.

§ 29. Dauer

Die Primarschule umfasst die ersten 6 Schuljahre. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Kantonsschulgesetzes. Der Kantonsrat kann zur Koordination mit andern Kantonen die Dauer der Primarschule regional oder allgemein abändern.

2. Oberschule, Sekundarschule und Bezirksschule

§ 30. Gliederung

Für die der Primarschule folgenden Schuljahre teilt sich die Volksschule in Oberschule, Sekundarschule und Bezirksschule.

§ 31. Zweck

Die 3 Schularten führen den Unterricht entsprechend den Begabungen ihrer Schüler, festigen und vertiefen die elementare Bildung und schaffen günstige Bedingungen für den Eintritt ins Berufsleben und für eine sinnvolle Lebensgestaltung.

§ 32. Besondere Aufgabe des neunten Schuljahres

¹ Das neunte Schuljahr nimmt besondere Rücksicht auf die individuellen Begabungen und fördert die Berufswahlreife. Der Unterricht in Pflichtfächern, Wahlfächern und Begabungsgruppen wird im Bildungsplan geregelt.

² Vom Bildungsplan abweichende Formen des neunten Schuljahres bedürfen der Genehmigung des Erziehungs-Departementes.

§ 33. Gemeinsam geführte Ober- und Sekundarschule

Die Schulgemeinden können mit Bewilligung des Erziehungs-Departementes Ober- und Sekundarschule gemeinsam führen. In diesem Fall sollen die Schüler in bestimmten Fächern in Begabungsgruppen unterrichtet werden.

§ 34. Besondere Aufgabe der Bezirksschule

¹ Die Bezirksschule bereitet neben der Zielsetzung nach § 31 auf den Eintritt in die Abteilungen der Kantonsschule oder in eine andere höhere Schule vor.

² Dazu ist den geeigneten Schülern dort, wo es die Verhältnisse erlauben, in besonderen Klassen ein vorbereitender Unterricht zu erteilen. An den übrigen Bezirksschulen erhalten sie zusätzliche Unterrichtsstunden. Der Regierungsrat erlässt über die Durchführung des vorbereitenden Unterrichts die näheren Bestimmungen.

³ Bezirksschulen, die aus regionalen Gründen auf den Übertritt ins Gymnasium vorbereiten, können mit Schülern der sechsten beziehungsweise der fünften Primarschulklasse Vorkurse in Latein durchführen.

§ 35. Dispensation

¹ Vom neunten Schuljahr wird dispensiert, wer einen weiterführenden, allgemeinbildenden und gleichwertigen Unterricht in einer andern öffentlichen oder privaten Schule besucht.

² Zuständig für die Dispensation ist das Erziehungs-Departement.

3. Kleinklassen¹⁾**§ 36. Grundsatz**

Schüler, die dem Unterricht der Primar- und Oberschule nicht zu folgen vermögen, sind in Kleinklassen²⁾ auszubilden.

4. Sonderschule**§ 37. Grundsatz**

¹ Kinder, die wegen körperlicher, geistiger oder charakterlicher Behinderung nicht imstande sind, dem Unterricht in der Kleinklasse³⁾ zu folgen, sind in Sonderschulen auszubilden.

² Der Staat sorgt zusammen mit den Gemeinden, mit öffentlichen und privaten Institutionen oder mit andern Kantonen für die Schulungsmöglichkeit solcher Kinder. Er unterstützt auch die Sonderschulung im vor- und nachschulpflichtigen Alter.

³ Auf die Sonderschulen finden die Bestimmungen dieses Gesetzes sinngemäss Anwendung.

¹⁾ Fassung vom 19. September 1983; GS 89, 317

²⁾ Fassung vom 19. September 1983; GS 89, 317

³⁾ Fassung vom 19. September 1983; GS 89, 317.

5. Unterricht in den Fachbereichen Werken und Hauswirtschaft¹⁾

§ 38.²⁾ Grundsatz

Das Erziehungs-Departement ordnet im Rahmen der Bildungspläne den Unterricht in den Fachbereichen Werken und Hauswirtschaft.

§ 39. ...³⁾

IV. Teil

Schulgemeinden und Schulkreise

§ 40. *Schulgemeinden*

¹⁾ Jede Einwohnergemeinde bildet in der Regel eine Schulgemeinde.

²⁾ Kleine Gemeinden können sich mit Genehmigung des Regierungsrates zu einer Schulgemeinde zusammenschliessen oder durch Beschluss des Regierungsrates zu einer solchen vereinigt werden. Sie bilden eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

³⁾ Der Beschluss des Regierungsrates kann innert 30⁴⁾ Tagen an den Kantonsrat weitergezogen werden.

§ 41. *Schulkreise*

a) Grundsatz

¹⁾ Zur Führung von Schulen aller Arten und Stufen sowie einzelner Unterrichtszweige können sich 2 oder mehrere Gemeinden durch vertragliche Übereinkunft oder Bildung eines Zweckverbandes zu einem Schulkreis zusammenschliessen. Der Regierungsrat kann die Gemeinden zum Zusammenschluss zu einem Schulkreis verpflichten und bestehende Schulkreise ändern, sofern dies den Grundsätzen einer vernünftigen Schulplanung entspricht.

²⁾ Die beteiligten Gemeinden haben an die Bau-, Unterhalts- und Betriebskosten der Schulen Beiträge zu leisten.

³⁾ Der Beschluss des Regierungsrates kann innert 30⁵⁾ Tagen an den Kantonsrat weitergezogen werden.

§ 42. b) *vertragliche Übereinkunft*

¹⁾ Wird ein Schulkreis auf Grund einer vertraglichen Übereinkunft gebildet, sind der Schulort, die Pflichten der Schulortsgemeinde und der übrigen Gemeinden sowie die weitere Organisation der Schule in einer Vereinba-

¹⁾ Fassung vom 7. Dezember 1986; GS 90, 643.

²⁾ § 38 Fassung vom 7. Dezember 1986.

³⁾ § 39 aufgehoben am 7. Dezember 1986.

⁴⁾ Wo gegen Beschlüsse des RR Beschwerde an den KR geführt werden kann, beträgt die Frist, im Gegensatz zu § 32 VRG, 30 Tage.

⁵⁾ Wo gegen Beschlüsse des RR Beschwerde an den KR geführt werden kann, beträgt die Frist, im Gegensatz zu § 32 VRG, 30 Tage

zung festzulegen. Diese bedarf der Genehmigung des Erziehungs-Departementes¹⁾).

²⁾ Wird eine Einigung über die Vereinbarung nicht erzielt, entscheidet der Regierungsrat.

§ 43. c) Zweckverband

Für die Bildung eines Schulkreises in der Form eines Zweckverbandes gelten ergänzend die Bestimmungen des Gemeindegesetzes.

§ 44. Führung von Schulen durch andere Gemeinden

Eine Schulgemeinde kann durch vertragliche Übereinkunft die Führung einzelner Schularten, Schulstufen oder Unterrichtszweige für andere Gemeinden übernehmen, ohne dass ein Schulkreis gebildet wird.

§ 45. Schulort

a) Grundsatz

¹⁾ Die Schulpflicht ist in der Schulgemeinde des Wohnortes zu erfüllen.

²⁾ Für Gemeinden und Ortschaften, die keine eigene Schule führen, bestimmt der Regierungsrat den Schulort.

³⁾ Vorbehalten bleiben die Bestimmungen nach § 44.

§ 46. b) Sonderregelung für einzelne Schüler

In besonderen Fällen kann das Erziehungs-Departement für einzelne Schüler den Schulbesuch in einer andern Gemeinde gestatten.

§ 47. Schulgeld der Gemeinden

Für den Schulbesuch in einer andern Gemeinde (§ 46) kann diese von der entlasteten Schulgemeinde ein Schulgeld als Vergütung der Lehrmittel- und Schulmaterialkosten erheben. Der Regierungsrat bestimmt seine Höhe.

§ 48. Transport-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten

Bei unverhältnismässig weitem oder beschwerlichem Schulweg hat die Schulgemeinde allfällige Kosten für Transport oder auswärtige Unterkunft zu übernehmen und an Auslagen für auswärtige Verpflegung einen angemessenen Beitrag zu leisten. Solche Gemeindeleistungen werden vom Staat nach der Klassifikation zur Berechnung der Staatsanteile an den Lehrerbesoldungen subventioniert.

¹⁾ Fassung nach § 13 DelG vom 5. April 1981.

Lehrer

1. Wählbarkeit

§ 49. Grundsatz

¹ In den Schuldienst wird aufgenommen, wer die erforderliche Ausbildung im Sinne der nachfolgenden Bestimmungen und die für einen Erzieher erforderlichen Charaktereigenschaften besitzt.

² Vorbehalten bleiben die Vorschriften der Sanitätsgesetzgebung.

§ 50. Erwerb der Wählbarkeit

¹ Der Regierungsrat erlässt über den Erwerb der Wählbarkeit kantonal oder ausserkantonale patentierter Lehrkräfte und über die Anerkennung nichtsolothurnischer Lehrerpateente die näheren Bestimmungen.

² Ausserkantonale patentierte Lehrkräfte sind durch das Erziehungs-Departement bis zum Erwerb der Wählbarkeit als Verweser einzusetzen oder provisorisch wählbar.

§ 51. Ausweise über die Ausbildung

Für den Erwerb der Wählbarkeit gelten als Ausweise über die erforderliche Ausbildung:

- a) für Primarlehrer das solothurnische Primarlehrerpatent;
- b) für Oberschullehrer oder Sekundarlehrer das solothurnische Primarlehrerpatent sowie der Ausweis über den Abschluss der entsprechenden zusätzlichen Ausbildung;
- c) für Kleinklassen-¹⁾ oder Sonderschullehrer neben dem solothurnischen Primarlehrerpatent oder einer andern geeigneten Vorbildung der Ausweis einer entsprechenden heilpädagogischen Ausbildung ;
- d) für Bezirkslehrer das solothurnische Bezirkslehrerpatent;
- e) für Fachlehrer der Ausweis über die nötige Grund- und Fachausbildung;
- f) für Arbeitslehrerinnen das solothurnische Arbeitslehrerinnenpatent;
- g) für Hauswirtschaftslehrerinnen ein staatlich anerkanntes Diplom einer Bildungsanstalt für Hauswirtschaftslehrerinnen.

2. Wahl der Lehrkräfte

§ 52. Wahlbehörden

¹ Die für die provisorische und die definitive Wahl sowie die Wiederwahl der Lehrer zuständigen Organe werden durch die Gemeindeordnung, die

¹⁾ Fassung vom 19. September 1983; GS 89, 317.

Übereinkunft nach § 42 Absatz 1 oder das Statut des Zweckverbandes bestimmt.

² Eine freie Lehrerstelle, für welche die Schulgemeinde keine Wahl getroffen hat, besetzt das Erziehungs-Departement mit einem Verweser oder durch die provisorische Wahl einer Lehrkraft.

³ Für Lehrkräfte, die vorübergehend den Unterricht nicht erteilen können, bezeichnet das Erziehungs-Departement einen Stellvertreter .

§ 53. Provisorisches Dienstverhältnis

¹ Die Wahl einer Lehrkraft erfolgt erstmals provisorisch auf ein Jahr. Das provisorische Dienstverhältnis darf durch die Wahlbehörde höchstens um ein Jahr verlängert werden. Der Regierungsrat kann es noch weiter erstrecken, wenn Schul- oder Lebensführung zu wünschen übrig lassen.

² Schüler der letzten Klasse der Lehrerbildungsanstalt sind unter dem Vorbehalt, dass sie bis zum Zeitpunkt ihres Amtsantrittes das Lehrpatent erwerben, durch die Schulgemeinden provisorisch wählbar .

§ 54. Freie Lehrerstellen

¹ Die zuständige Schulbehörde hat freie Lehrerstellen dem Erziehungs-Departement anzuzeigen. Dieses trifft die für die Stellenbesetzung nötigen Anordnungen.

² Freie Lehrerstellen können zur Neubesetzung nur auf Beginn eines neuen Schuljahres ausgeschrieben werden.

§ 55. Durch Verweser versehene Lehrerstellen

¹ Die zuständige Schulbehörde kann Lehrerstellen, die von einem Verweser versehen sind, auf den Beginn des nächsten Schuljahres zur Besetzung ausschreiben lassen.

² Eine Lehrstelle soll in der Regel nicht länger als 2 Schuljahre durch einen Verweser besetzt bleiben.

³ Der Regierungsrat hat die Befugnis, die zuständige Schulbehörde zur Ausschreibung einer solchen Lehrstelle anzuhalten.

§ 56. Stellenwechsel

Ein Lehrer, der an eine andere Schule gewählt wird, hat den zuständigen Behörden des Wahlortes und des bisherigen Schulortes innert 5 Tagen die Annahme der Wahl zu erklären und den Stellenwechsel anzuzeigen.

§ 57.¹⁾ Amtsdauer

Die ordentliche Wahlperiode der Lehrer entspricht der verfassungsmässigen vierjährigen Amtsdauer. Wahlen innerhalb der Amtsdauer haben jeweilen nur für deren Rest Gültigkeit.

§ 58. Zeitpunkt der Lehrerwahlen

Provisorische und definitive Wahlen sowie die Wiederwahlen der Lehrer sind spätestens 2 Monate vor Beginn des neuen Schuljahres vorzunehmen.

¹⁾ § 57 Fassung nach § 216 GG vom 16. Februar 1992; GS 92, 325.

3. Austritt aus dem Schuldienst

§ 59. Verfahren

¹ Ein Lehrer, der aus dem Schuldienst austreten will, hat sein Begehren der zuständigen Wahlbehörde und dem Erziehungs-Departement mitzuteilen.

² Der Austritt aus dem Schuldienst ist grundsätzlich nur auf Ende eines Schuljahres möglich. Erfolgt der Austritt infolge Pensionierung, kann er auch auf Ende eines Schulhalbjahres erklärt werden.

³ Das Austrittsbegehren ist in jedem Fall spätestens 4 Monate vor Beginn des folgenden Schulhalbjahres einzureichen.

⁴ Liegen wichtige Gründe vor, kann der Regierungsrat einem Lehrer den Austritt aus dem Schuldienst auch auf einen andern Zeitpunkt gestatten.

⁵ Verlässt ein Lehrer den Schuldienst, ohne sich an die gesetzlichen oder regierungsrätlichen Bestimmungen zu halten, kann ihm

der Regierungsrat wegen Amtspflichtverletzung eine Disziplinarstrafe auferlegen.

§ 59^{bis}.¹) Altersgrenze

Der Kantonsrat kann eine Altersgrenze festsetzen, bei deren Erreichen das Dienstverhältnis dahinfällt.

4. Pflichten und Rechte

§ 60. Pflichten der Lehrer

a) Grundsatz

¹ Der Lehrer soll bestrebt sein, den Unterricht mit der erzieherischen Führung der ihm anvertrauten Kinder zu verbinden.

² Er vermittelt den Schülern nach bestem Wissen und Gewissen die der Stufe gemässen Kenntnisse und Fertigkeiten, wobei er den unterschiedlichen Begabungen Rechnung trägt.

³ Er pflegt die Verbindung zwischen Schule und Elternhaus.

⁴ Der Pflichtenkreis der Lehrer wird im einzelnen durch die Schulgesetzgebung, die darauf beruhenden Regelungen und die im Bildungsplan festgesetzten Unterrichtsziele bestimmt.

b) weitere Pflichten

¹ Die Lehrer sind verpflichtet, den Unterricht zu den festgesetzten Zeiten zu halten und ohne wichtige Gründe keine Stunden ausfallen zu lassen.

² Sie haben das ihnen anvertraute Schulmaterial und die Schulbibliothek zu verwalten.

³ Die Lehrer können zur Erteilung des Unterrichtes an der allgemeinen Fortbildungsschule verpflichtet werden.

¹) Marginale und § 59^{bis} eingefügt am 26. September 1976; GS 87, 108.

§ 62. Gehaltsanspruch, Pflichtstunden und Nebenbeschäftigungen

¹ Die Regelung des Gehaltsanspruchs, der Pflichtstundenzahl und der Nebenbeschäftigungen der Lehrkräfte bleibt der Gesetzgebung über die Lehrerbesoldung vorbehalten.

² Der Regierungsrat kann im Einzelfall aus besonderen Gründen das Unterrichtspensum ohne Gehaltskürzung angemessen reduzieren.

§ 63. Aussetzung des Unterrichtes

Für voraussehbaren Ausfall des Unterrichtes hat der Lehrer bei der direkt vorgesetzten Schulbehörde um Urlaub nachzusuchen. Dieser wird bis zu einer Woche von ihr, für eine längere Dauer vom Erziehungs-Departement gewährt.

§ 64. Entzug der Wählbarkeit

Erfüllt ein Lehrer die beruflichen oder charakterlichen Anforderungen seines Amtes nicht mehr, hat ihm der Regierungsrat die Wählbarkeit zu entziehen. Der Entzug kann vorübergehend oder dauernd sein.

§ 65. Disziplinargewalt

Die Lehrer unterstehen der Disziplinargewalt des Regierungsrates. Für die Disziplinarstrafen und die Haftpflicht gilt sinngemäss das Verantwortlichkeitsgesetz.

§ 66. Weiter- und Fortbildung

a) Begriff und Leitung

¹ Die Lehrerweiterbildung besteht in der Ausbildung neuer Lehrkräfte für die Ober- und Sekundarschule, für besondere Schularten und neue zusätzliche Fächer.

² Die Lehrerfortbildung dient der Erweiterung der Kenntnisse und Fähigkeiten der Lehrer. sie erneuert und vertieft die Unterrichtspraxis;

³ Weiterbildung und Fortbildung werden dem Leiter der Lehrerweiterbildung übertragen. Er stützt sich auf die Mitarbeit der hauptamtlichen Inspektoren, der kantonalen Fachinspektoren und erfahrener Lehrer.

§ 67. b) Durchführung

¹ Das Erziehungs-Departement kann die Lehrer sowohl während der Schulzeit als auch während den Ferien zu obligatorischen Fortbildungskursen verpflichten. Es unterstützt die durch den Leiter der Lehrerweiterbildung und durch die Lehrervereine organisierte, aufeinander abgestimmte freiwillige Fortbildung.

² Für den obligatorischen oder freiwilligen Besuch der vom Erziehungs-Departement, von Lehrervereinen oder Fachverbänden veranstalteten Kurse regelt der Regierungsrat die Kostenverteilung zwischen Kanton, Gemeinden und Lehrern.

§ 68. Lehrervereine

¹ Die Lehrervereine und die Stufen- und Fachkonferenzen dienen dem Erziehungs-Departement als Organe der Vernehmlassung und der Lehrerfortbildung.

² Der Kanton unterstützt ihre Tätigkeit durch Beiträge.

413.111

§ 69. Studienurlaub

Der Regierungsrat erlässt die Bestimmungen über die Gewährung eines periodischen, besoldeten Studienurlaubes.

VI. Teil

Behörden

1. Schulkommission

§ 70. Wahl und Zusammensetzung

¹ In jeder Schulgemeinde ist auf die verfassungsmässige Amtsdauer eine Schulkommission zu wählen. Die Kommission zählt mindestens 5 Mitglieder.

² Für die einzelnen Schularten kann je eine besondere Kommission gewählt werden.

§ 71.¹⁾ Aufgaben a) im allgemeinen

Die Schulkommission ist die für die gemeindeeigenen Schulen zuständige Schul- und Aufsichtsbehörde. Vorbehalten bleiben die Aufgaben der Kommission für Werken und der Hauswirtschaftskommission (§ 74).

§ 72. b) im besonderen

¹ Die Schulkommission hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) sie nimmt nach Anhören der Lehrerschaft die Zuteilung der Klassen an die Lehrer vor;
- b) sie wirkt im Rahmen der kantonalen Bestimmungen bei der Aufnahme der Schüler in die verschiedenen Schularten mit;
- c) sie setzt die Unterrichtszeit und in Zusammenarbeit mit der Regional-Schulkommission den Zeitpunkt der Ferien im Rahmen der kantonalen Vorschriften fest;
- d) sie entscheidet über die Programme für Schulreisen, Schul-, Sport- und Wanderlager usw. ;
- e) sie überwacht die Mitgliedschaft von Schülern in Jugendvereinigungen;
- f) sie wacht darüber, dass die Lehrer ihre Obliegenheiten erfüllen, und meldet Pflichtverletzungen von Lehrern dem zuständigen Inspektor und dem Ammannamt;
- g) sie zeigt dem Erziehungs-Departement freie Lehrerstellen an;
- h) sie beaufsichtigt zusammen mit den Inspektorinnen den Unterricht in Werken und in Hauswirtschaft, sofern nicht nach § 74 hiefür eine besondere Kommission eingesetzt ist;²⁾

¹⁾ § 71 Fassung vom 7. Dezember 1986; GS 90, 643.

²⁾ § 72 Abs. 1 lit. h Fassung vom 7. Dezember 1986.

- i) sie behandelt Urlaubsgesuche von Lehrern nach § 63 und sorgt in Verbindung mit dem Erziehungs-Departement für Stellvertretung ;
- k) sie überwacht die Instandhaltung der Schulräume und -anlagen und sorgt für die Äufnung der Schulbibliothek und die Anschaffung und Erneuerung von Lehrmitteln und Schulmaterialien;
- l) sie kann, unter Vorbehalt der gesetzlichen Kompetenzen der übrigen Gemeindeorgane, eine Schulordnung erlassen, die vom Erziehungs-Departement zu genehmigen ist.

² Die Schulkommission sorgt dafür, dass die Verbindung zwischen Schule und Elternhaus gepflegt wird. Sie nimmt die Lehrerschaft gegen ungerechtfertigte Angriffe in Schutz.

³ Der Regierungsrat wie auch die Schulgemeinden können der Schulkommission weitere Obliegenheiten übertragen.

§ 73. *Beschwerde*

¹ Entscheide der Schulkommission können innert 10¹⁾ Tagen an das Erziehungs-Departement, dessen Entscheide innert der gleichen Frist an den Regierungsrat weitergezogen werden. Vorbehalten bleibt § 25 Absatz 4.²⁾

² ...³⁾

2. Kommission für Werken und Hauswirtschaftskommission⁴⁾

§ 74.⁵⁾ *Wahl und Aufgaben*

Die Schulgemeinden können auf die verfassungsmässige Amtsdauer eine Kommission für Werken und eine Hauswirtschaftskommission wählen. Diese üben die Aufsicht über die beiden Unterrichtszweige aus. Die Gemeindeordnung bestimmt die Mitgliederzahl.

² Anstelle der beiden Kommissionen kann nur eine Kommission für den Unterricht in Werken und in Hauswirtschaft gewählt werden.

³ Für den Weiterzug von Entscheiden der Kommission für Werken und der Hauswirtschaftskommission gilt sinngemäss § 73.

3. Kreis-Schulkommission

§ 75. *Kreisschulen*

¹ Haben sich Gemeinden zur gemeinsamen Führung einer Schule oder eines Unterrichtszweiges nach § 41 zusammengeschlossen, wählen sie eine Kreis-Schulkommission, in der die angeschlossenen Gemeinden angemessen vertreten sind.

² Ihre Aufgaben richten sich im einzelnen sinngemäss nach den für die Schulkommission geltenden Bestimmungen (§ 72).

¹⁾ Vgl. § 32 VRG.

²⁾ § 73 Abs. 1 letzter Satz angefügt nach § 13 DelG vom 5. April 1981.

³⁾ Aufgehoben durch § 93 Abs. 1 VRG. Massgebend ist heute dessen § 36.

⁴⁾ Fassung vom 7. Dezember 1986; GS 90, 643.

⁵⁾ § 74 Fassung vom 7. Dezember 1986.

413.111

³ Für den Weiterzug von Entscheiden der Kreis-Schulkommission gilt sinngemäss § 73.

4. Regional-Schulkommission

§ 76. Zusammensetzung

¹ Jede Region bildet eine Regional-Schulkommission, die aus den Präsidenten oder Vizepräsidenten der Schulbehörden der Gemeinden und Kreise der Region, den Inspektoren und Vertretern der Lehrerschaft besteht.

² Die Schulregionen bilden sich selbst. Eine Schulgemeinde kann nicht mehr als 2 Regionen angehören.

³ Können sich die Schulgemeinden über die Bildung der Region nicht einig, entscheidet das Erziehungs-Departement.

§ 77. Aufgaben

¹ Die Regional-Schulkommission hat folgende Aufgaben:

- a) sie berät über allgemeine Schulfragen der Region;
- b) sie behandelt die Inspektoratsberichte und leitet sie mit ihren Bemerkungen an das Erziehungs-Departement weiter;
- c) sie sorgt für die Koordination der Ferien (§ 8).

² Der Regierungsrat kann der Regional-Schulkommission weitere Aufgaben übertragen.

5. Wählbarkeit in Schulbehörden

§ 78. Grundsatz

¹ Ein Lehrer kann nicht als Mitglied in seine eigene Aufsichtsbehörde gewählt werden. Jedoch ist eine angemessene Vertretung der Lehrerschaft mit beratender Stimme zu den Verhandlungen beizuziehen.

² In die Schulbehörden sind auch Frauen wählbar.

6. Schulvorsteher

§ 79. Aufgaben

Die Schulgemeinden sind befugt, das Amt eines Schulvorstehers zu schaffen. Seine Aufgaben sind in einem Reglement zu ordnen, das dem Erziehungs-Departement zur Genehmigung zu unterbreiten ist.

7. Inspektorat

§ 80. Kantonales Schulinspektorat

¹ Die allgemeine Aufsicht über die gesamte Volksschule obliegt dem kantonalen Schulinspektor. Er wird vom Regierungsrat gewählt.

² Für den Unterricht in Werken und in Hauswirtschaft und für vom Kanton subventionierte Kindergärten sowie für einzelne Schularten und Fächer können vom Regierungsrat haupt- oder nebenamtliche kantonale Fachinspektoren gewählt werden. Sie unterstehen dem kantonalen Schulinspektor.¹⁾

§ 81. Haupt- und nebenamtliche Inspektoren

¹ Zur Beaufsichtigung des Unterrichtes an den einzelnen Volksschulen wählt der Regierungsrat haupt- und nebenamtliche Inspektoren. Die hauptamtlichen Inspektoren unterstehen dem kantonalen Schulinspektor, die nebenamtlichen Inspektoren unterstehen den hauptamtlichen Inspektoren und für den betreffenden Unterricht den kantonalen Fachinspektoren.

² Die Inspektoren sind nicht als Mitglieder der Aufsichtsbehörden wählbar.

§ 82. Aufgaben und Organisation

¹ Aufgaben, Kompetenzen und Organisation des Inspektoratswesens werden durch Verordnung des Regierungsrates geregelt.

² Die Wahl der Inspektoren erfolgt auf die verfassungsmässige Amtsdauer .

8. Lehrmittelkommission

§ 83. Wahl und Aufgaben

¹ Der Regierungsrat wählt auf die verfassungsmässige Amtsdauer eine Kantonale Lehrmittelkommission. Für die Bezirksschule bestellt er eine besondere Lehrmittelkommission.

² Die Lehrmittelkommission bereiten zuhanden des Erziehungsrates die Einführung der Lehrmittel vor. Sie stehen dem Erziehungs-Departement für die Bearbeitung der Bildungspläne und für Gutachten über Schulfragen zur Verfügung.

³ Der Kantonale Lehrmittelverlag unterstützt die Lehrmittelkommissionen in der Herausgabe und Anschaffung der Lehrmittel.

§ 84. Paritätische Kommission

Zur Vorbereitung des Übertritts der Bezirksschüler in die Kantonsschule und zur Angleichung der Bildungspläne, Stundentafeln und Lehrmittel setzt der Regierungsrat eine paritätische Kommission ein. Diese besteht aus Mitgliedern der Lehrmittelkommission der Bezirksschule, Professoren der Kantonsschule und einer von beiden Schulen unabhängigen Persönlichkeit als Präsidenten.

¹⁾ § 80 Abs. 2 Fassung vom 7. Dezember 1986; GS 90, 643.

9. Erziehungsrat

§ 85.¹⁾ *Wahl und Aufgaben*

Zur Beratung der wesentlichen Aufgaben auf dem Gebiete von Schule und Erziehung wählt der Regierungsrat einen aus 7 Mitgliedern bestehenden Erziehungsrat. Der Vorsteher des Erziehungs-Departementes gehört ihm von Amtes wegen als Vorsitzender an.

²⁾ Die Obliegenheiten des Erziehungsrates werden in einer Verordnung des Regierungsrates festgelegt.

10. Erziehungs-Departement und Regierungsrat

§ 86. *Aufgaben*

¹⁾ Das Erziehungs-Departement leitet und beaufsichtigt das gesamte Schulwesen. Es ist in allen Fragen zuständig, deren Behandlung nicht dem Regierungsrat oder einer andern Instanz übertragen ist.

²⁾ Gegen Entscheide des Erziehungs-Departementes kann innert 10 Tagen Beschwerde beim Regierungsrat geführt werden.²⁾ Vorbehalten bleibt § 25 Absatz 4.³⁾

§ 87. *Schulversuche und ausserordentliche Fälle*

Der Regierungsrat ist befugt, für Schulversuche und in ausserordentlichen Fällen Abweichungen von diesem Gesetz zu gestatten.

VII. Teil

Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 88. *Einführung des neunten Schuljahres*

Die Einführung des neunten Schuljahres hat innert 5 Jahren nach Annahme dieses Gesetzes zu erfolgen. Liegen besondere Verhältnisse vor, kann der Regierungsrat diese Frist erstrecken.

§ 89. ...⁴⁾

§ 90. *Aufhebung bisheriger Vorschriften*

¹⁾ Mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes treten alle damit in Widerspruch stehenden früheren Erlasse ausser Kraft.

²⁾ Insbesondere werden aufgehoben:

¹⁾ § 85 Fassung nach § 56 lit. L Kantonsratsgesetz vom 24. September 1989; GS 91, 464.

²⁾ Vgl. §§ 32 und 36 VRG.

³⁾ § 86 Abs.2 letzter Satz angefügt nach § 13 DelG.

⁴⁾ § 89 aufgehoben durch § 113 Abs.2 lit. e BerufsbildungsG vom 1. Dezember 1985; GS 90, 284.

- a) das Gesetz über die Primarschulen vom 27. April 1873 mit den seitherigen Änderungen;
- b) das Gesetz über die Anstellung von Lehrerinnen und die provisorische Lehrerwahl vom 23. April 1899 mit den seitherigen Änderungen ;
- c) das Gesetz über die Bezirksschulen des Kantons Solothurn vom 18. April 1875 mit den seitherigen Änderungen;
- d) Ziffer 2 des Volksbeschlusses über den Ausbau des kinderpsychiatrischen und schulpsychologischen Dienstes des Kantons Solothurn vom 8. Dezember 1963.

§ 91. Änderung bestehender Erlasse

Die nachgenannten Gesetze werden wie folgt geändert:

1. Gesetz über die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen vom 29. August 1909¹⁾:

§ 5 erhält folgenden Wortlaut:

Der Beginn des Schuljahres wird vom Kantonsrat in Anpassung an den Schulbeginn der Volksschule festgesetzt.

§ 10 Absatz 3 erhält folgenden Wortlaut:

³ Den Schülern der ersten bis vierten Klasse des Gymnasiums sowie der ersten Klasse der Oberrealschule und der Handelsschule, die im Kanton Solothurn Wohnsitz haben, werden Lehrmittel und Schulmaterialien unentgeltlich abgeben. Die Kosten hierfür tragen die Wohngemeinden der Schüler. Der Staat subventioniert die Gemeindeleistungen nach der Klassifikation zur Berechnung der Staatsanteile an den Lehrerbesoldungen.

§ 77. ...²⁾

2. Gesetz über die hauswirtschaftliche Ausbildung vom 21. Januar 1945³⁾:

§ 7. ...⁴⁾

3. Volksbeschluss über den Ausbau des kinderpsychiatrischen und schulpsychologischen Dienstes des Kantons Solothurn vom 8. Dezember 1963⁵⁾:

Der «Kinderpsychiatrische Dienst des Kantons Solothurn» erhält die neue Bezeichnung: «Schulpsychologischer Dienst».

4. Gesetz über die Besoldungen der Lehrkräfte an den Volksschulen und Fortbildungsschulen (Lehrerbesoldungsgesetz) vom 8. Dezember 1963⁶⁾:

¹⁾ GS 64, 484; heute Gesetz über die Kantonsschule Solothurn.

²⁾ §§ 73-106 des G über die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen. Aufgehoben durch § 82 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über die Berufsbildung vom 6. Juni 1971.

³⁾ Aufgehoben durch § 82 Abs. 2 lit. b des Gesetzes über die Berufsbildung vom 6. Juni 1971; GS 85, 595.

⁴⁾ Aufgehoben durch § 82 Abs. 2 lit. b des Gesetzes über die Berufsbildung vom 6. Juni 1971; GS 85, 595.

⁵⁾ GS 82, 469.

⁶⁾ GS 82, 461.

413.111

§ 25. ...¹⁾

§ 92. *Vollzug*

Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

§ 93. *Inkrafttreten*

Dieses Gesetz tritt nach Annahme durch das Volk in einem vom Regierungsrat festzusetzenden Zeitpunkt in Kraft.

Inkrafttreten am 15. April 1970²⁾

§ 53 Absatz 2 am 16. September 1969

¹⁾ § 25, in der Fassung vom 14. September 1969, wurde durch die Änderung des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 2. Dezember 1973 ersetzt.

²⁾ Inkrafttreten der Änderungen
- durch DelG am 1. Januar 1982;
- vom 7. Dezember 1986 am 16 April 1988